

Dr.ⁱⁿ Anna Sporrer
Bundesministerin

Herrn
Dr. Walter Rosenkranz
Präsident des Nationalrats
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2026-0.182.588

Ihr Zeichen: BKA - PDion (PDion)5005/J-NR/2026

Wien, am 24. April 2026

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Abgeordneten zum Nationalrat Christian Hafenecker, MA, Kolleginnen und Kollegen haben am 26. Februar 2026 unter der Nr. **5005/J-NR/2026** an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Wo bleiben die angekündigten Deregulierungsmaßnahmen?“ gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zu den Fragen 1 und 2:

- *1. Welche der ursprünglich 160 von Staatssekretär Schellhorn präsentierten Deregulierungsmaßnahmen wurden bislang in Ihrem Ressort vollständig umgesetzt? (Bitte um vollständige Auflistung nach Maßnahme und Datum der Umsetzung)
a. In welcher Form erfolgte die Umsetzung (Gesetzesnovelle, Verordnung, Erlass, interne Weisung etc.)?*
- *2. Wie viele der im Dezember 2025 angekündigten 113 Maßnahmen des ersten Deregulierungspakets sind aktuell vollständig in Kraft?*

Zum Stand der Umsetzung der Maßnahmen des MRV vom 3.12.2025 im Zuständigkeitsbereich des BMJ wird auf nachstehende Tabelle verwiesen:

67	Förderung der innovativen öffentlichen Beschaffung	bereits umgesetzt mit Vergaberechtsgesetz 2026
68	Elektronische Kommunikation Versicherungsrecht ausbauen	Gesetzesentwurf in Koordinierung
69	Bundesverwaltungsgericht – Zusammenführung des Justizverwaltungs- mit dem Tätigkeitsbericht	eine legislativ ausgearbeitete Lösung ist für die nächste BVwGG-Novelle in Aussicht genommen
70	Vereinfachung des Beitritts zur Genossenschaft	Gesetzesentwurf in Koordinierung
71	Einrichtung einer Arbeitsgruppe zur Evaluierung von zivilrechtlichen Formvorschriften	geplant für Q3 2026
73	Anhebung der Buchführungsgrenzen in UGB und BAO	Gesetzesentwurf geplant für Q2 2026
74	Firmenbuch – Zulassung von bestimmten Unterlagen auf Englisch	geplant für Q2 2027
75	Digitalisierung Aufbewahrungspflicht – Prüfung der Digitalisierung der Aufbewahrungspflicht	Gesetzesentwurf in Koordinierung
76	Veröffentlichung des Jahresabschlusses nach § 277 Abs. 2 UGB vereinfachen	bereits umgesetzt mit dem NaBeG
77	Modernisierung des Rotsiegelbeschlusses	Verordnungsentwurf für den strafrechtlichen Bereich geplant für Q4 2026
78	Nachhaltigkeitsberichterstattung (CSRD) – Reduktion von Informationspflichten und Gold Plating	Gesetzesentwurf geplant für Q2 2026
79	Erarbeitung eines Maßnahmenpakets zur Entlastung der Justiz	Vorschläge wurden präsentiert und bewertet; weitere Umsetzung TBA
80	Aktivierungswahlrecht Immaterialgüterrecht	Gesetzesentwurf geplant für Q2 2026

Die Maßnahmen 67 und 76 wurden bereits umgesetzt (Inkrafttreten: am 1. März bzw. 1. April 2026).

Zu den Fragen 3 und 4:

- 3. Welche quantifizierbaren Entlastungseffekte (administrative Kostenersparnis, Zeitersparnis, Bürokratiekostenindex etc.) wurden durch die bisher umgesetzten Maßnahmen erzielt?
- 4. Wie viele neue Dokumentations-, Melde- oder Berichtspflichten wurden seit Präsentation der 160 Vorschläge in Ihrem Ressort neu eingeführt?

Es wird auf die Erläuterungen und die wirkungsorientierte Folgenabschätzung zu den neu in Kraft getretenen Gesetzen (VergabeG, NaBeG) verwiesen.

Zur Frage 5:

- *Welche konkreten Bürger-Vorschläge der „SEDA-Stelle“ wurden in Ihrem Ressort bisher umgesetzt? (Bitte um Nennung und Umsetzungsdatum)*

Die SEDA-Stelle fällt in den Zuständigkeitsbereich des BMEIA, weshalb auf die Beantwortung des Bundesministeriums für europäische und internationale Angelegenheiten zur Anfrage Nr. 4999/J verwiesen wird.

Dr.ⁱⁿ Anna Sporrer

